

Justiz und Rechtsextremismus

Januar 2022

Dieses Paper bietet Ihnen einen Überblick über alle relevanten Themen aus dem Bereich Rechtsextremismus und Justiz im Zeitraum der letzten vier Wochen. Prozesse gegen Rechtsextreme, neue Richtlinien und aktuelle Diskurse werden an dieser Stelle monatlich für Sie aufbereitet.

Rechtsextremer Richter Jens Maier: Der ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD möchte zu seinem alten Posten als Richter in Dresden zurückkehren. Dieses Recht steht ihm nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag formal zu. Maier gilt als rechter Hardliner innerhalb der AfD und Vertrauter Björn Höckes. Das Sächsische Justizministerium bejahte Maiers Rückkehr zunächst. Der Sächsische Landtag diskutiert deshalb über eine Richteranklage, ein rechtliches Mittel, um Richter zu entlassen oder zu versetzen. Mehr Infos: Einschätzung von Verfassungsrechtler Andreas Fischer-Lescano in den Tagesthemen: [\(1\) tagesthemen auf Twitter: "Darf der vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte sächsische AfD-Mann Jens Maier wieder als Richter arbeiten? Ganz klar Nein, sagt der Verfassungsrechtler Andreas Fischer-Lescano im #tagesthemen-Interview und warnt vor einem "Dambruch". \(red\) https://t.co/litH46Fs49" / Twitter](#) und [Jens Maier \(AfD\): „Unerträglich, dass Rechtsextremist Recht spricht“ - WELT](#) und [Warum der Rechtsextremist Jens Maier nicht wieder Richter werden darf – Verfassungsblog](#)

Prozess Angriff in Fretterode: Der Prozess gegen die zwei Neonazis Gianluca B. und Nordulf H. am Landgericht Mühlhausen wird fortgeführt. Sie sollen im April 2018 zwei antifaschistische Journalisten brutal angegriffen und verletzt haben. Im Rahmen des Prozesses kamen nun neue Ermittlungen gegen den Neonazi und NPD-Politiker Thorsten Heise auf. Von seinem Haus und einem dort stattfindenden rechtsextremen Treffen ging der Angriff aus. Bei einer Begehung wurden mutmaßliche Hakenkreuze an der Hauswand gefunden. Nun wird auch gegen Heise ermittelt – wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Mehr Infos: [Tatort-Fretterode – über 3 Jahre ohne Anklage – #noplacetohide](#)

Prozess gegen Reichsbürger: Vor dem Landgericht Mannheim begann im Januar der Prozess gegen einen bekannten Reichsbürger, der sich Druide und Burgos von Buchonia nennt, sowie gegen seine Mitstreiter. Die Gruppe wurde angeklagt, ein illegales Waffenlager aufgebaut zu haben. Drei der Angeklagten wurden nach wenigen Verhandlungstagen zu Bewährungsstrafen verurteilt. Das Verfahren gegen den Hauptangeklagten läuft nun weiter. Der 71-jährige Mann ist auch wegen Volksverhetzung angeklagt. Er soll mehrfach den Holocaust geleugnet und gegen Geflüchtete gehetzt haben. Bei Durchsuchungen fanden



GESICHT ZEIGEN! Monitoring

die Ermittler bei ihm und seinen Anhängern größere Mengen Waffen, Munition und Sprengstoff. Die Bundesanwaltschaft ermittelte zunächst zum Vorwurf einer terroristischen Vereinigung. Dies habe sich jedoch nicht belegen lassen. Mehr Infos: [Mannheim: "Druide" bekommt seinen eigenen Prozess - Nachrichten aus der Metropolregion Rhein-Neckar - RNZ](#)

Prozess gegen den Ex-CDU-Politiker Bähler: Der ehemalige Kölner CDU-Politiker Hans-Josef Bähler wurde vom Landgericht Köln wegen gefährlicher Körperverletzung, unerlaubtem Waffenbesitz und Beleidigung zu einer 3,5-jährigen Haftstrafe verurteilt. Im Dezember 2019 hatte er nach einem Streit auf einen jungen Mann mit Migrationsgeschichte geschossen. Das rassistische Motiv der Tat sei eindeutig gewesen, urteilte das Gericht und wertete es deshalb strafverschärfend. Mehr Infos: [Tatort Porz – Keine Ruhe nach dem Schuss! Prozessbegleitung \(tatort-porz.org\)](#)

Prozess gegen Angreifer einer Geflüchtetenunterkunft: Der Täter hatte im Dezember 2019 die Scheiben einer Geflüchtetenunterkunft für Minderjährige in Dresden mit einer Hantel eingeschlagen, während direkt dahinter Kinder und Jugendliche schliefen. Vor Gericht konnte ihm das rechtsextreme Motiv hinter der Tat nachgewiesen werden. Er wurde zu einer Bewährungsstrafe (11 Monate) und einer Geldstrafe verurteilt.

Prozess gegen den Waffenverkäufer im Mordfall Walter Lübcke: Elmar J. wurde vom Vorwurf, dem Mörder von Walter Lübcke die Tatwaffe verkauft zu haben, freigesprochen. Er wurde lediglich zu einer Geldstrafe für unerlaubten Besitz von Munition verurteilt. Alle Hinweise auf J. stammten vom Lübcke-Mörder selbst, der als Zeuge nicht glaubwürdig sei, urteilte das Gericht. Mehr Infos: [Fall Walter Lübcke: Waffenverkauf an Mörder – Angeklagter freigesprochen - DER SPIEGEL](#)

Prozesse gegen die Angreifer auf Connewitz: 2016 überfielen mehr als 200 Neonazis den Leipziger Stadtteil Connewitz, der für seine antifaschistische Szene bekannt ist. Seit 2018 standen 163 Angeklagte vor Gericht, die auf Grund von Absprachen und Geständnissen meist zu milden Strafen verurteilt wurden. Auch 6 Jahre später laufen noch Prozesse gegen beteiligte Neonazis. Das Amtsgericht Leipzig trage zu wenig zur konsequenten Aufarbeitung der Geschehnisse bei und beschäftige sich nicht mit den Drahtziehern dieses durchorganisierten Angriffs, kritisieren zivilgesellschaftliche Bündnisse und Politiker*innen. Mehr Infos: [Leipzig: Linken-Politikerin Juliane Nagel ernüchert über Neonazi-Prozesse | Sächsische.de \(saechsische.de\)](#)

Prozess gegen einen Ex-Wachpolizisten: Ein ehemaliger Wachpolizist aus Hessen, der im Dienst auch jüdische Einrichtungen bewachen sollte, wurde wegen Volksverhetzung und unerlaubtem Waffenbesitz zu einer Bewährungsstrafe und einer Geldzahlung an die Bildungsstätte Anne Frank verurteilt. Er hatte in einer WhatsApp-Chatgruppe NS-Propaganda und

GESICHT ZEIGEN! Monitoring

Hitlerbilder verschickt. Bei einer Hausdurchsuchung, die auf Grund einer früheren Anzeige gegen ihn stattfand, fanden die Ermittler außerdem eine Waffe, für die er keine Besitzerlaubnis hatte, Munition und eine Hakenkreuzflagge. Daraufhin wurde der Beamte entlassen. Mehr Infos: [Er bewachte jüdische Einrichtungen: Ex-Wachpolizist wegen Nazi-Chats verurteilt | hessenschau.de | Panorama](#)

Prozess gegen Ex-AfD-Abgeordneten Räßle: Stefan Räßle, ehemaliger AfD-Abgeordneter aus Baden-Württemberg, wurde vom Landgericht Mainz zu einer Bewährungsstrafe (10 Monate) und einer Geldstrafe verurteilt. Er hatte im März 2020 auf einer Anti-Coronamaßnahmen Demonstration zum gewaltsamen Sturm auf das Kanzleramt aufgerufen. Mehr Infos: [Ex-AfD-Abgeordneter Räßle zu Bewährungsstrafe verurteilt - SWR Aktuell](#)

Waffenscheinentzug: Das Verwaltungsgericht Schwerin bestätigte den Entzug einer Waffenbesitzerlaubnis für ein mutmaßliches Mitglied der Gruppe „Nordkreuz“, das wiederholt NS-verherrlichende Inhalte in Chats und Sozialen Netzwerken geteilt hatte. Die Waffenbehörde hatte ihm die Erlaubnis entzogen, da sie ihn auf Grund der zahlreichen Posts für unzuverlässig hielt, eine Waffe zu besitzen. Der Mann hatte gegen den Entzug der Erlaubnis geklagt. Mehr Infos: [Extremismus - Schwerin - Waffenschein-Entzug nach Verbreitung rassistischer Posts - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)

Verfahrenseinstellung: Die Generalbundesanwaltschaft hat die Ermittlungen wegen Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gegen zwei „Nordkreuz“ Mitglieder eingestellt. Es könne kein hinreichender Tatverdacht festgestellt werden, urteilte die Behörde. Mehr Infos: [Rechtsextreme Preppergruppe „Nordkreuz“: Kein Terrorverdacht mehr - taz.de](#)

Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht des „Volkslehrers“ scheitert: Der als „Volkslehrer“ bekannte rechtsextreme Videoblogger Nikolai Nerling hatte Verfassungsbeschwerde gegen seine Verurteilung wegen Volksverhetzung eingelegt und scheiterte damit in Karlsruhe. Zuvor hatten schon drei gerichtliche Instanzen Nerling schuldig gesprochen. Er hatte im Winter 2019 in der KZ-Gedenkstätte Dachau vor einer Schulklasse den Holocaust verharmlost und war deshalb zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Nerling entzieht sich momentan der Strafverfolgung durch einen Aufenthalt in Brasilien. Mehr Infos: [Dachau: "Volkslehrer" scheitert mit Verfassungsbeschwerde - Dachau - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)

Urteil bestätigt gegen Neonazi Maik Schneider: Der Bundesgerichtshof hat die Revision des ehemaligen Brandenburger NPD-Politikers abgelehnt. Seine Verurteilung wegen Brandstiftung vor dem Landesgericht Potsdam ist deshalb rechtskräftig. Er war im August 2021 zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren und drei Monaten verurteilt worden. Schneider wurde unter anderem vorgeworfen eine Turnhalle, die für eine Geflüchtetenunterkunft vorgesehen

GESICHT ZEIGEN! Monitoring

war, abgebrannt zu haben. Mehr Infos: [\(2\) Turnhallen-Brand in Nauen: BGH verwirft Revision – Urteil gegen ehemaligen NPD-Politiker rechtskräftig - Berlin - Tagesspiegel](#)

Rechtsextreme JVA Auszubildene in Halle: In einem Gefängnis in Halle wurde eine rechtsextreme Auszubildende vom Dienst freigestellt. Ein Disziplinarverfahren gegen die junge Frau wird derzeit geprüft. In den Sozialen Medien posierte sie mit bekannten Neonazis, postete Waffen und sprach von einem Amoklauf im Bundestag. Mehr Infos: [JVA Halle: Auszubildende nach verfassungsfeindlichen Äußerungen freigestellt | MDR.DE](#)

Grundsatzprozess gegen Facebook: Renate Künast und die Hilfsorganisation HateAid streben vor dem Landgericht Frankfurt eine grundsätzliche Entscheidung zum Löschverhalten von Facebook an. Konkret geht es darum, dass Facebook verpflichtet wird, auch proaktiv Falschmeldungen und Hetze auf der Plattform zu suchen und zu entfernen. Bisher müssen Nutzer*innen die Inhalte selbst suchen und melden. Mehr Infos: [pressemitteilung-hateaid-facebook-prozess-kuenast-2001.pdf](#)

„Ungeimpft“-Sterne als Volksverhetzung: Die massenhaft auf Querdenken-Demos getragenen gelben Sterne mit der Aufschrift „ungeimpft“ werden in Berlin nun als Straftat behandelt. Kurz nach einem Grundsatzurteil aus Bayern, entschied auch die Berliner Polizei die Sterne als Holocaustverharmlosung und damit als Volksverhetzung zu werten. Mehr Infos: [Verharmlosung der Shoa bei Corona-Demos: „Ungeimpft“ – Berliner Polizei geht gegen Tragen des „Judensterns“ bei Protesten vor - Berlin - Tagesspiegel](#)

Zeigen der Reichskriegsflagge: In Hessen soll das provokative Zeigen der Reichsflagge künftig mit Bußgeldern sanktioniert werden. Die Flaggen werden oft auf Querdenken-Demos gezeigt und von Rechtsextremen und Reichsbürgern verwendet. Die schwarz-weiß-rote Flagge ist nicht verboten, wenn sie aber zukünftig in Zusammenhang mit symbolischen Orten oder Daten, Aufmärschen oder ausländerfeindlichen Parolen gezeigt wird, greifen die Sanktionen. Mehr Infos: [Künftig Sanktionen bei provokativem Zeigen der Reichsflagge \(faz.net\)](#)

Urteil gegen Rechtsextremen aufgehoben: Das Landgericht München hat die Verurteilung des rechtsextremen Politikers Karl Richter aufgehoben. Richter war im Sommer 2021 vom Amtsgericht München verurteilt worden, weil er den früheren jüdischen Stadtrat Marian Offmann auf einem Plakat, das an die NS-Zeit erinnerte, diffamiert hatte. Offmann und sein Verteidiger planen eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Richter am Landgericht einzulegen. Dieser habe das antisemitische Plakat in der Verhandlung unter anderem als witzig bezeichnet. Mehr Infos: [Antisemitische Flugblätter: Ex-Stadtrat Offman verliert vor Gericht gegen Neonazi | Abendzeitung München \(abendzeitung-muenchen.de\)](#)

GESICHT ZEIGEN! **Monitoring**

Verfassungsschutzabfragen in Brandenburg: Der Verfassungsschutz in Brandenburg hat Zahlen zu seinen Überprüfungen veröffentlicht. Demnach habe er über 6000 Zuverlässigkeitsprüfungen für unterschiedlichste Berufsgruppen durchgeführt. Vor allem im Bewachungsgewerbe und im Luftverkehr finden die Prüfungen statt. Brandenburg will den Verfassungstreuecheck auch für Beschäftigte des öffentlichen Diensts einführen. Mehr Infos: [Geheimdienst: 40 Treffer beim Extremistencheck \(nd-aktuell.de\)](#)

Politisch Motivierte Kriminalität 2021: Nach den vorläufigen Zahlen des Bundeskriminalamts ist die Zahl der politisch motivierten Straftaten im letzten Jahr noch einmal gestiegen und erreicht damit den höchsten Stand seit Einführung der Statistik 2001. Vor allem Straftaten im Umfeld von Querdenken-Demonstrationen haben stark zugenommen. Diese könnten laut BKA ideologisch nicht zugeordnet werden und zählen deshalb nicht in die üblichen Kategorien PMK-links oder PMK-rechts. Mehr Infos: [Politisch motivierte Straftaten in 2021 auf Rekordhoch \(lto.de\)](#)

Digitales Grundgesetz für die EU: Das EU-Parlament hat dem Digital Service Act zugestimmt und damit den Weg freigemacht für eine stärkere Kontrolle großer Tech-Konzerne. EU-Politiker sprechen von einem neuen digitalen Grundgesetz für die Europäische Union. Unter anderem sollen die Betreiber von Sozialen Netzwerken gezwungen werden, mehr gegen Hassrede und Fake News zu unternehmen. Mehr Infos: [Schärfere Regeln für Internetkonzerne: Digitales Grundgesetz für die EU - taz.de](#)

Enormer Anstieg von Hass im Netz: Der Hatespeech Beauftragte der bayerischen Justiz, Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Hartleb, spricht von einem massiven Anstieg von Hasskommentaren im Internet. Die Zunahme sei vor allem auf die Corona Pandemie zurückzuführen. Gleichzeitig macht Hartleb klar, dass die Täter in der Mehrheit aus dem rechtsextremen Spektrum kommen würden. Mehr Infos: [Beauftragter: Massiver Hate-Speech-Anstieg durch Corona-Pandemie | BR24](#)

Meldestellen für Hasskriminalität im Internet: Es gibt einige Möglichkeiten Hasskommentare schnell und einfach online zu melden. Ein Überblick über die einzelnen Meldestellen ist gar nicht mehr so leicht. Wir haben die zentralen Stellen hier für Sie zusammengefasst:

Das Bundeskriminalamt hat eine zentrale Meldestelle für ganz Deutschland beim Demokratiezentrum Baden-Württemberg eingerichtet: [Meldestelle Respect! - Demokratiezentrum Baden-Württemberg \(demokratiezentrum-bw.de\)](#)



GESICHT ZEIGEN! **Monitoring**

Hassmelden – Die zentrale Meldestelle für Hatespeech ist eine unabhängige Meldestelle, die Posts prüft und ggf. an die Strafverfolgungsbehörden weiterleitet.

Verstoß melden | jugendschutz.net diskriminierende Posts kann man ebenfalls beim Jugendschutz melden.

Folgende Bundesländer haben extra Stellen für Hasskriminalität und Hatespeech in ihren Online-Polizeiwachen eingerichtet:

- Mecklenburg-Vorpommern: [Online-Meldestelle und Meldeformular \(netzverweis.de\)](#)
- Sachsen: [Polizei Sachsen - Onlinewache der Polizei Sachsen Bürgerportal](#)
- Hessen: [Hate Speech melden | Hessen gegen Hetze](#)
- Saarland: [Saarland - Onlinewache](#)

Folgende Bundesländer haben in Kooperation mit z.B. Medienanstalten Meldestellen für Hasskommentare errichtet, die sich speziell an Online-Redaktionen oder Organisationen richten:

- Hamburg: [Hasskommentare im Internet melden - Online-Dienst Einstiegsseite - HamburgService](#)
- Niedersachsen: [Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet Niedersachsen \(zhin.de\)](#)
- Berlin-Brandenburg: [Verfolgen statt nur Löschen - Medienanstalt Berlin-Brandenburg \(mabb.de\)](#)
- Nordrhein-Westfalen: [Verfolgen statt nur Löschen - Rechtsdurchsetzung im Netz - Landesanstalt für Medien NRW \(medienanstalt-nrw.de\)](#)

Ausblick:

Prozess gegen den mutmaßlichen „NSU 2.0“-Drohschreiber startet im Februar vor dem Landgericht Frankfurt.

Verfassungsschutz und AfD: Im März wird das Verwaltungsgericht Köln über die Einstufung der Gesamtpartei AfD als Verdachtsfall urteilen.

Für die Inhalte der externen Links tragen die jeweiligen Seitenbetreiber die Verantwortung. Wir können nicht garantieren, dass alle Artikel kostenlos verfügbar bleiben.

